Bozialdemokratischer Pressedienst

Grid Alfringhans, Berlin. Jernfreder: Amt Dichoff 4194/4198



lite lastituut Bas. Geschiedenis Amsterdam

🦏 Russische Vorbereitungen.

SPD. Unsere Feststellungen, dass die Sowjetnegierung mit ihren letzten Verordnungen über die Agrarwirtschaft auf den Antrieb privaten Gewinnstrebens zurückgegriffen hat, hat beträchtliche Aufregung in der kommunistischen Presse herworgerufen. Es werden in der deutschen Kommunistenpresse die kühnsten Intenpretationsversuche unternommen, um den Kommunisten den wahren Charakter der letzten bedeutsamen verordnungen der Sowjetregierung zu verheimlichen. Das " Regime Stalin ist vom Fünfjahresplan wieder zu einer beweglicheren wirtschafts. politischen Taktik übergegangen, aber diese Beweglichkeit findet kein Gegenstuck in der kommunistischen Propaganda in Deutschland. Die deutsche kommunistische Partei hält vielmehr ganz starr an der Ideologie der Generallinie. an der Utopie des Fünfjahresplanes fest. Während die Sowjetregierung Realpolitik betreibt, bleibt die deutsche kommunistische Ideologie streng doktrinär. Sie vermittelt damit ihren Anhängern nicht nur ein völlig falsches Bild über die wirklichen Verhältnisse in Sowjetrussland und über die wirkliche Politik der Sowjetregierung, sie vernachlässigt damit vollständig die politische Erziehung ihrer Anhänger.

Das hat seinen guten Grund! Wenn die deutsche kommunistische Partei ihren Anhängern zeigen wollte, dass auch die Sowjetregierung von der Macht der krisenhaften wirtschaftlichen Tatsache zum Abgehen von ihrem Kurs gezwungen ist und realpolitische Massnahmen ergreifen muss, so würde die starre Position der Kommunisten in Deutschland gegenüber einer auf Wirklichkeitssinn eingestellten Politik zusammenbrechen und die deutschen Kommunisten würden von der Erkenntnis eines realpolitischen Kurses der Sowjetregierung sehr bald zum Sinn

für Realpolitik auch in Deutschland gelangen.

Aber alle Vertuschungs- und Interpretationsversuche gegenüber den letzten Verordnungen der Sowjetregierung stehen auf schwachem Fusse. Soeben hat die Sowjetregierung eine dritte Verordnung zur Anregung des bäuerlichen Privat-handels und zur Steigerung der bäuerlichen Produktion auf der Grundlage privaten Gewinnstrebens erlassen. Sie geht aus von der Horabsetzung der staatlichen Zwangskontingente an Getreide und Vieh und der Erlaubnis zum Verkauf der Ueberschüsse am Markt und enthält eine Reihe von Vorschriften, die der Privathandel mit lebensmitteln erleichtern sollen. So werden alle Vorschriften über Marktabgåben. Marktsteuern und alle Sonderabgaben aufgehoben. Ebenso die Umsatz 🕏 steuer für den bäuerlichen Markthandel mit Lebensmitteln. Was aber am wichtigsten ist: es wird den Bauern gestattet, ihre Produkte zu Preisen zu verkaufen die sich aus der Marktlage ohne Einschränkung durch Richtpreise ergeben. Diese Verordnung geht so weit, dass sie fast schon als eine Vorbereitungsmassnahme zur Rückkehr zur NEP erscheint. In dieser Verordnung ist noch stärker herausgearbeitet, was der Sinn der taktischen Schwenkung der Sowjetregierung ist: Abkehr vom Fünfjahresplan soweit die Agrarwirtschaft in Betracht kommt. Abkehr von der kollektivisierenden Agrarpolitik, Anerkennung des privaten Gewinnstrebens. Diese dritte Verordnung ist nicht nur wie die ersten beiden die Le-

galisierung eines Zustands den die Bauern im Kampfe gegen die Sowjetgesetze geschaffen haben, sie zielt vielmehr darüber hinaus ganz often auf eine Ausdehnung des privaten Lebensmittelhandels ab. An die Stelle der Förderung und Ausweitung des gemeinwirtschaftlichen Sektor tritt in der Agrarwirtschaft die Begünstigung und die Ausweitung des privaten Sektor. Es ist schon begreiflich, dass die kommunistische Propaganda ausserhalb Russland durch diese Schwenkung der Sowjetregierung in schwere Verlegenheiten versetzt ist!

Diese Schwenkung der Sowjetregierung hat nicht nur wirtschaftliche Ursachen. Sie ist nicht nur ein Versuch aus der Sackgasse wieder herauszukommen in die der Stalinkurs hineingeführt hat, sie hat vielmehr als politisches Ziel Unruhen in der Bauernschaft zu verhindern. Die aussenpolitische lage Russlands ist heute ernster als je zuvor. Der Ruf von der drohenden Kriegsgefahr ist heu te mehr als blosses Propagandageschrei. Russland ist ein Bauernland. Seine mi-litärische Kraft beruht auf der bäuerlichen Bevölkerung. Wenn die Sowjetregierung die Lage für bedrohlich hält, muss sie alles einsetzen, damit die Bauernbevölkerung nicht in Opposition zum Sowjetregime gerät, die sich im Ernstfalle verderblich auswirken könne. So sind die neusten Massnahmen der Sowjetregierung nicht nur von wirtschaftspolitischem Interesse. Sie zeigen vielmehr die schweren aussenpolitischen Sorgen, die das Sowjetregime gegenwärtig hat.

SPD. Rom, im Mai (Eig.Bericht)

Einhundertzwei Flieger aus aller Herren Länder haben bereits den Ozean im Flugzeug überquert. Sie will das Luftfahrtministerium und der Kgl. Aero-Klub Italiens ehren, in Rom versammeln und ihre Erfahrungen auf einem internationalen Treffen austauschen lassen. Es findet vom 22. bis 30. Mai statt. Von den 102 Czeanfliegern haben nur 53 ihre Zusage machen können. Die anderen sind verhindert, Männer wie z.B. Lindbergh durch das bekannte Unglück, das ihn betroffen hat. Aus Deutschland kommen die Ozeanflieger Köhl, von Gronau und Zimmer. Fast jedes grosse land ist vertreten. Und auch der Pionier aller Ozeanflüge, jener Sir Arthur Whitten Brown, der als erster den Atlantik von Terranova nach

Clifden in Irland am 14.-15. Juni 1979 überflog, ist in Rom erschienen.
Viele Feste und Ehrungen werden den Ozeansiegern bereitet. Mussolini lässt es sich nicht nehmen, sie selber am Sonntag im Kapitol mit einer Ansprache zu begrüßen. Balbo, der Luftschiffahrtminister, hat dieses internationale Treffer angeregt. Seine Luftgeschwader werden grosse Manöver ausführen. Am Fronleichnar tag, dem nationalen Flugtag, sollen sie stattfinden. Den internationalen Gäster

zu Ehren wird sogar eine Stadt zerstört.

Ja, eine ganze Stadt ist am Tiber nahe dem Lufthafen aufgebaut. Man sieht Fabriken, Lagerhäuser, Laderampen davor, an denen Güterzüge halten. Man sieht Wohnviertel und sogar eine alte Burg. Das alles ist zwar nur wie eine Filmstadt aufgebaut, aber sie macht den Eindruck einer richtigen. Vor allem: sie gibt für die Luftangriffe die besten Zielpunkte. Auch die Autokolonnen, die der Stadt zustreben und von oben angegriffen werden sollen, sind da. Sogar ein Dampfer kann zerstört werden, wenn er auch nicht im Wasser, som ern im Sande liegt. Das grosse Publikum ist gebeten, zuzuschauen, wie in wenigen Minuten eine Stadt aus Flugzeugen in Brand geschossen, mit Bomben belegt wird, mit Giftgasen bestrichen, damit ja keine lebende Kreatur Gottes dem Pesthauch ent-gehe. Wirklich, das lehrreichste und mahnendste Schauspiel, das einem Volk geboten werden kann! Leider nimmt es dies nur als Schauspiel, denn es wird ja nicht selber gefährdet, die grosse Tragödie der Menschen wird ja nur wie ein Filmstoff verwandt und behandelt. Aber es werden auch so echte Flammen rauchen richtige Bomben werden gewaltig explodieren. Wenn es auch nur eine Illustration zur Kriegstragödie ist, muss sie doch als grauenhafte Mahnung wirken!

Der Hauptschriftleiter des gauamtlichen Organs der Hamburger Nazis, des "Hamburger Tageblatt" Dr. Albert Krebs ist von Adolf Hitler seines Amtes ent hoben worden. Gleichze itig wurde ihm der Ausschluss aus der Hitler-Partei ange kündigt. Der bisherige Nazi-Chefredakteur Dr. Krebs gibt dazu eine ausserorschluss u.a. angegeben worden ein Angriff auf den General Schleicher, der im "Hamburger Tageblatt" erfolgt ist und die "brüningfreundliche Politik", die Dr. Krebs im "Tageblatt" betrieben haben soll. Angriffe auf den General Schleicher reichen also bei der NSDAP zum Ausschluss aus! Das kennzeichnet nicht nur die NSDAP, sondern auch diesen General. Dr. Krebs schreibt, dass sein Ausschluss "gegen den deutschen Geist der Gewissensfreiheit" gerichtet sei. Die NSDAP dulde keine Menschen, die selbständig zu denken wagen. Sie sei so "römisch", wie sie es ihrerseits von Zentrum behaupte.

Der mecklenburgische Landtagswahlkampf, den die Sozialdemokratie mit grösster Ausnutzung aller Kräfte und Möglichkeiten führen wird, fand am Freitag abend seinen Auftakt mit einer grossen Versammlung in Schwerin, in der der Fraktionsführer im Landtag Moltmann sprach. Er hielt scharf Abrechnung mit den die Rechtsregierung stützenden Nationalsozialisten, die zwar für die Unterstützung der Gutsbesitzer viel übrig gehabt hätten, dagegen nichts für den Bau von Arbeiterwohnungen, für Arbeitsbeschaffung und ländliche Siedlung. Die Nationalsozialisten hätten sich drei Jahre lang völlig im Schlepptau der Deutschnationalen befunden und alle reaktionären Massnahmen bedenkenlos mitgemacht. Der Führer der mecklenburgischen Sozialdemokraten, der die Politik der nationalsozialistisch-deutschnationalen Regierung in Mecklenburg-Strelitz kritisierte, erklärte u.a., es sei unerhört, dass das nationalsozialistische Mitsche er Regierung, der Staatsrat Dr. Stichtenoth, ebensogrosse Bezüge für sich allein beansprucht hätte wie bisher die drei Staatsräte zusammen erhalten haben.

Die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst haben zur mecklenburgischen Landtagswahl eine gemeinsame Liste aufgestellt, deren Spitzenkandidat der bisherige volksparteiliche Abgeordnete, Lehrer Walter, ist. Die nächste Stelle ist mit dem wirtschaftsparteilichen Landtagspräsidenten Laubach besetzt, während die dritte Stelle ein Christlichsozialer inne hat.

Die Kandidatenliste der Nationalsozialisten für die Mecklenburg-Schweringsche Landtagswahl, die soeben bekannt wurde, zeigt das erwartete Bild. Auf den ersten 25 Plätzen der Liste findet man 3 Gutsbesitzer und mehrere Hofbesitzer, an 18. Stelle den einzigen Arbeiter. Als Dritter auf der Liste erscheint der Schwager von Goebbels, der Gutsbesitzer Granzow aus Severin. zur augemennen Ueberraschung ist an aussichtsreicher Stelle ein vor einigen Monaten noch führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei, der Universitätsprofessor Dramed Reiter-Schwerin, vertreten.

SPD. Braunschweig, 21.Mai (Eig.Drahth.)
In einer 44 Seiten umfassenden Beschwerde wendet sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion an den Reichsinnenminister Groener, der von Dr. Küchenthal über die Braunschweigischen Verhältnisse ganz einseitig unterrichtet vorden sist, so dass die Nazis die bis heute unwidersprochen gebliebene Behautung aufstellen konnten, Groener billige die Amtsführung des Naziministers Klagges. In einem Begleitschreiben zu der Denkschrift heisst es u.a.:

~ £ £ 5.5°

"Die geschilderten Handlungen und Unterlassungen, die entweder der Minister klagges persönlich zu verantworten hat oder die unter seiner dienstlichen Verantwortung geschehen sind, geben nur zum Teil wieder, was an Beanstandungen Klagen und Beschwerden in den wenigen Monaten der Amtstätigkeit dieses Ministers bekannt wurde. Die Fraktion ist aber überzeugt, dass das in der Denka 222 schrift beigebrachte Material eindeutig erweist, dass im Freistaat Braunschwei die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufs ernsteste gefährdet ist, dass Tegrorakte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen häufig sind. dass die Anwendung der zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom Reich'spräsidenten erlassenen Verordnungen ungerecht und parteiisch erfolgt und dass die Polizei des Freitstaates nicht so geführt wird, wie es das Wohl des Landes erfordert, sondern wie es der parteimässigen Auffassungdes derzeitigen Mini-s sters entspricht. Die sozialdemokratische Fraktion überreicht Ihnen, Herr Minister, diese Denkschrift mit der dringenden Bitte, die geschilderten Vorg-sa gange aufs genaueste zu prüfen. Sie werden diese gesetz- und verfassungsvidrigen Handlungen des Ministers eines deutschen Landes nicht, wie die Nationaf-18 sozialisten behaupten, billigen können. Sie werden sie missbilligen und verwer fen. Die sozialdemokratische Fraktion zweifelt nicht daran, dass Sie dann auch gegenüber dem braunschweigischen Staatsministerium diese Einstellung mit allem Nachdruck vertreten werden."

Unterschrieben ist die Beschwerde vondem Vorsitzenden der sozialdemokra-

tischen Fraktion Dr. Jasper.

SPD. Dessau, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Anhaltischen Landtag wurde Sonnabend mittag an Stelle der zurückgetretenen sozialdemokratischen Regierung Deist - Weber die neue Rechtsregierung gewählt. Der Ministerpräsident ist der nationalsozialistische Rechtsanwalt früher Regierungsrat Dr. Freyberg aus Quedlinburg, ein politisch wenig beschriebenes Blatt. Von ihm ist nur bekannt, dass er als Stadtverordnetenvorsteher in Quedlinburg gescheitert ist und nach drei Monaten von seinem Amt abserufen wurde. Der zweite der Minister ist der deutschnationale Chef der anhaltischen Kirchenregierung Dr. Knorr. Die Rechtsregierung wurde mit 20 Stimmender Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Volkspartei und Wirtschaftspartei gewählt. Gegen sie stimmten 12 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und 1 Demokrat.

SPD. Dessau, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Im anhaltinischen Landtag, der heute vormittag zur Neuwahl der Rechtsregierung zusammengetreten war, ereignete sich vor Beginn der Beratungen ein
bemerkenswerter Vorgang. Der nationals ozialistische Landtagspräsident, Rechtsanwalt Dr. Nicolai, erklärte, er stelle durch Augenschein fest, dass am Presse
tisch des Landtages als Vertreter des sozialdemokratischen Volksblattes für de
Anhalt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Redakteur Seeger, Platze
genommen habe. Er ordne hiermit an, dass Herr Seeger sofort den Landtagssitzun
saal zu verlassen habe und begründete diese Anordnung damit, Herr Seeger habe
die stärkste Partei des Hauses aufs schärfste angegriffen, sodass seine Ansesenheit im Landtagssitzungssaal für die Nationalsozialistische Fraktion unerträglich sei. Der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Genosse
Günther-Bernburg, erhob sich sofort und protestierte aufs schärfste gegendien
unerhörten Vorgang, der in der ganzen Geschichte des anhaltinischen Landtages
ohne Beispiel sei. Ihm schloss sich der Führer der Kommunistischen Fraktion ean. Ein Antrag der Linken, die Sitzung zu unterbrechen, damit der Ältesterrat
sich mit der Massnahme des Präsidenten beschäftigen könne, wurde abgelehnt.

Für den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der eine Demokrat. Gegen den Antrag stimmten nicht nur die Nationalsozialisten, som ern auch die Deutschnationalen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei!

SPD. Genf; 21.Mai (Eig.Drahtb.)

و الم

Österreichs dringender Hilferuf wurde heute vor dem Völkerbundsrat behandelt. Es zeigte sich, dass die Garantiestaaten für die Völkerbundsanleihe Österreichs sich in den Verhandlungen in den letzten Tagen nicht zu einigen vermochten. England, Italien und Deutschland sind zu einer ausnahmsweise letzten Finanzhilfe für die Österreichische Nationalbank bereit, während Frankreich nur eine Gesamthilfe an die Donauländer mitmachen will. Das Finanzkomitee wird sich in Kürze mit den besonderen Schwierigkeiten Österreichs zu befassen laben In den Minderheitenfragen gab Frankreich selbst die Möglichkeit während

In den Minderheitenfragen gab Frankreich selbst die Möglichkeit, während der Vollversammlung im September die von Deutschland letzten Jahres nur mit agrössten Schwierigkeiten erreichten regelmässige Behandlung von Rechts- und

Verfahrensproblemen schon jetzt zu sichern.

Die Klage eines Angehörigen der deutschen Minderheit in Pomerellen gab dem deutschen Vertreter Gelegenheit, die ganze Frage der parteiischen Enteignung deutschen Grundbesitzes durch die polnische Agrarreform mit ihrem Vorkaufsrecht der polnischen Regierung aufzurollen. Der Berichterstatter Nagaöka-Japan schlug vor, ein Dreierkomitee aus Japan, England und Italien einzusetzen das dem Rat einen umfassenden Bericht im September vorlegen soll. Welzek nahm diesen Vorschlag an.

spp. Die Landtagsfraktion des Preussenzentrums hat ihre Beratungen nochmanicht abgeschlossen. Mit welcher Skepsis man dort kommenden Verhandlungen mit den Nationalsozialisten entgegensieht, zeigt eine Veröffentlichung des Pressedienstes der Deutschen Zentrumspartei. Er schreibt unter der Ueberschrift: Preussenpolitik nur in Verbindung mit Reichspolitik:

"Die Ansprache des Stellvertretenden Vorsitzenden der Preussenfraktion des Zentrums, des Abgeordneten Steger, in der ersten konstituierenden Sitzung der Fraktion am Freitag, den 20. Mai 1932, war die Ergänzung der Erklärung, die am 25. April der Vorstand der preussischen Zentrumspartei über die Aufgaben

des Preussen-Zentrums und seine Haltung abgegeben hat.

Es gibt heute nur gesamtnationale Aufgaben, die vom Reiche und seiner Führung zu lösen sind, imEndziel und für den Dauerzweck aber nur eine Vollendung erfahren, wenn die Reichspolitik von den Ländern her kraftvoll unterstützt und gefördert wird.

Das allein ist der Grund, weswegen das preussische Zentrum seine Arbeit im neuen Landtag bewusst in den Dienst der Reichspolitik stellen wird, damit durch seine verantwortungsbewusste Mitarbeit die entscheidenden aussenpolitischen Probleme so lösbar werden, wie es das Sehnen und Hoffen aller Deutschen bleibt.

Ueber die Aufgaben in der Innenpolitik waren programmatische Erklärungen nicht abzugeben. Das Zentrum wird sich bei allen Beschlüssen und Entscheidungen nach den Interessen des Volkes und des Vaterlandes richten, aufbauende es Staatspolitik betreiben, Hüter der Verfassung sein. Schützer der Volksrechte.

Das Zentrum beansprucht auch im neuen Landtag für sich zu allerletzt eine Machtstellung. Wenn man es ruft, ist es zur Stelle, scheut keine Verantworfung wird wiederum seine Besten indie politische Front schicken. Und weil das Zentrum ausserdem ganz frei in den Entscheidungen ist und bleibt, weil die neuer Fraktion in Preussen von vornherein ihre Geschlossenheit und Einmütigkeit bestundete, der Führer allen Parteien zu wissen gab, dass nur die Politik betrie-

ben werde, welche auch die Zustimmung der Reichstagsfraktion des Zentrums, der Reichsparteileitung und vor allem des Reichskanzlers Dr. Brüning findet, ist ohne weiteres auch jetzt die Grundlage für eine sachliche Aussprache mit den Parteien gegeben, die ehrlich gewillt sind, ebenfalls auf dem Boden der Verfassung eine gleiche Aufbaupolitik mit dem Zentrum zu betreiben ebenfalls alle Kräfte zur erfolgreichen Durchführung der aussenpolitischen Aktionen der Reichsregierung einzusetzen.

Wie ganz anders wirkten die Ausführungen des Fraktionsführers des Zentrum als die parteiagitatorischen, marktschreierischen Auslassungen des nationalsozialistischen Fraktionsführers Kube. Dort strenge Sachlichkeit, hier fades und mit unwahrhaften Behauptungen gespicktes Gerede, das anzuhören man nur den nen zumuten kann, denen parteigemäss eigenes Denken schon längst verboten ist Aber dennoch wähnen sich die Nationalsozialisten als Herren der Situation,

die zu befehlen, während die andern zu gehorchen hätten.

いない

Was den Nationalsozialisten zur Selbstbesinnung gesagt werden musste, ist erfolgt. Doch werden wir in den nächsten 8 Tagen sicher keine Antwort von Hitler oder dessen Provinzgenerälen erhalten, wenn nicht zwangsläufige Entwick lungen dort vorher einen Wendel schaffen.

SPD. Dem neuen Preussischen Landtag ist jetzt ein nur aus wenigen Zeilen bestehendes Schreiben des Preussischen Staatsministeriums zugegangen, worin Ministerpräsident Dr. Braun namens seiner Regierung dem Präsidenten des Landtags mitteilt, dass die augenblicklichen preussischen Staatsminister ihre Ämterzur Verfügung stellen. Das Schreiben enthält weder eine Begründung noch die Mittellung, dass das Kabinett Braun die Geschäfte weiterführe. Die letztere Erklärung ist allerdings schon deshalb überflüssig, weil die Regierung nach der Verfassung gehalten ist, bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten die Geschäfte weiter zu führen, falls sie nicht ausdrücklich andere Erklärungen abgibt. Die weitere formelle Behandlung dieser offiziellen Mitteilung vom Rücktritt der Regierung Braun wird die sein, dass in der ersten Sitzung des neuen Parlaments am Dienstag-Nachmittag einer der Beisitzer, der dem Hause die eingengenen Vorlagen, Anträge usw. bekanntzugeben hat, unter den Eingängen auch zu erwähnen hat: "Ein Schreiben des Ministerpräsidenten betreffend die zur-Verfügungstellung der Ämter durch die Staatsregierung". Das Schreiben erscheint dann als Landtagsdrucksache, und es können Anträge dazu gestellt werden, ob über diese Drucksache eine politische Aussprache stattfinden soll.

Im Reichstage wird die kommende Woche mit Ausschussberatungen ausgefüllt werden. Der Haushaltsausschuss, der als erster am Montag nachmittag zusammentritt, wird sich zunächst mit Anträgen auf Änderung oder Aufhebung von Notverordnungen zu beschäftigen haben. Wenn der Ausschuss mit der Etatsberatung beginnen kann, lässt sich noch garnicht übersehen. Am Dienstag vormittag wird Reichskanzler Brüning vor dem Auswärtigen Ausschuss über die Genfer Verhand

7

A)

SPD. In dieser Woche beginnen die parlamentarischen Arbeiten von neuem. Im Vordergrund des Interesses steht der neugewählte Preussische Landtag der am Dienstag nachmittag um 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung zuzammentzitzt, am sich zu konstituieren. Die Wahl des Präsidiums steht am mittwoch auf der Tages ordnung des Landtages. Der weitere Verlauf der Verhamlungen lässt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Von den neugewählten Fraktionen haben sich bisher die Nationalsozialisten und das Zentrum konstituiert. Für Montag sind die ersten Fraktionssitzungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angesetzt, während die neue Deutschnationale Fraktion erst am Dienstag, dem Tage des Zusammentritts des Landtages, ihre konstituierende Sitzung abhält.

lungen und die gesamte Aussenpolitik in vertraulicher Sitzung berichten. Auch der Havshaltsausschuss, der Steuerausschuss und die Deutschnationale Reichstagsfraktion halten am Dienstag Sitzungen ab. Am Mittwoch kommt ausserdem der handelspolitische Ausschuss hinzu. Der Donnerstag als katholischer Feiertag bleibt sitzungsfrei. Am Freitag wird der Sozialpolitische Ausschuss einen Bericht der Regierung über die Lage der Sozialversicherung entgegennehmen, die übrigen Ausschüsse werden ihre Arbeiten fortsetzen.

Die Verzögerung, die die Fertigstellung des Etats und der dazu gehörigen finanzpolitischen und sozialpolitischen Notverordnung im Kabinett erlitten hat, führt auch zu einer Verschiebung des Beginns der Etatsberatung in den Aus schüssen des Reichsrats. Vorläufig ist dafür der Freitag in Aussicht genommen. Am Mittwoch hält der Reichsrat eine Vollsitzung ab, um das vom Reichstag noch vor Pfingsten angenommene Gesetz über die Abfindung und Entlassung weiblicher

Beamten endgültig zu verabschieden.

SPD. Gegen die Belastung der Beamten im Rahmen der Beschäftigungssteuer hat der Beutsche Beamtenbund beim Reichskanzler durch folgendes Telegramm

Einspruch erhoben:

Wie zuverlässig verlautet, soll die Beamtenschaft in die Freigrenze für die Beschäftigungssteuer nicht einbezogen werden. Dadurch würde der Charakter einer allgemeinen Notabgabe durchbrochen und der davon betroffene wirtschaft-lich schwächste Teil der Beamtenschaft wiederum zu einer Sonderabgabe herangezogen werden. Unter Hinweis auf den unsozialen Charakter einer solchen Masshame erheben wir schärfsten Einspruch gegen jede Sonderbelastung und ersuchen erneut um eine Rücksprache vor der Entscheidung des Reichskabinetts."

SPD. Was sich heute die Nazipresse an Beschimpfungen und rüden Ausfällen gegen die katholische Kirche und gegen ihre Würdenträger leistet, dafür wird met vergebens ein Beispiel suchen aus irgend einer Zeit und aus irgend einer Zeit-schrift der sogenannten Gottlosenbewegung. Einer der Hauptschreier auf dem Nazimarkt ist in dieser Beziehung der in Breslau erscheinende "Schlesische Be-obachter". Seitenlang schüttet er wiederum am 21. Mai seine Unflatkübel gegen Bischöfe und Pfarrer, und warum? Weil in Beuthen ein Pfarrer bei der Beerdigung eines Nazijournalisten verboten hatte, Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzschleifer in die Kirche mitzunehmen. Auf dem Friedhof musste sogar der Pfarrer Polizei herbeirufen, damit ihm die ungestörte kirchliche Handlung möglich war. Darob ein wüstes Gezeter über "das schamlose Verhalten des Zentrumsgeistlichen", der des Priesterrockes nicht würdig sei, über "den Burschen, der sich noch für seinen Streich zur gegebenen Zeit zu verantworten habe".

In der gleichen Nummer des gleichen Blattes eine zweispaltige Ueberschrift: "Jubelnder Empfang von Heines in Breslau". Kein Hofbericht Wilhelms II troff je von solcher Speichelleckerei und Unterwürfigkeit, wie dieser Artikel, der den Einzug des Fememörders und Prügelhelden schildert. "Im geschmückten Kraftwagen von Hunderten am Bahnhof abgeholt...brausendes Heil...von den angesammelten Menschen umjubelt und mit Blumen überschüttet...Begrüssung durch Hauptmann a.D....zur Erinnerung Plakette überreicht...Dank...begeisterte Zurufe...brausende Heilrufe...es schwoll die Begeisterung...Beweis, dass die Bevölkerung das mannhafte Auftreten von Heines im Reichstag gebührend zu würdigen weiss und dass Heines die Ehre des Führers und die eigene in der einzig richtigen Form zu verteidigen gewusst hat." Bum!

Die Moral: täglich werden die katholische Kirche und ihre Geistlichen in der infamsten Weise von den Nazistrolchen bespuckt und beschimpft. Täglich werden die Katholiken als "schwarze Vaterlandsverräter und Landesfeinde" denunziert, mit denen bald Abrechnung gehalten werde. Verschliesst dann die selbe Kirche ihr Haus gegenüber den Fahnen und Abzeichen dieser sie mit Mord und Prand bedrohenden Gesellschaft, dann ist das schamloses, antinationales und die Ehre der Nation schändendes Verhalten. Kommt aber ein wegen Totschlag verurteilter Femeheld, der soeben im Parlament in der feigsten und würdelosesten Art und zusammen mit fünfzig anderen Rowdies einen Wehrlosen überfallen und misshandelt hat, und deshalb mit drei Monaten Gefängnis be-straft wird, kommt ein solcher Bursch gegangen, dann gibt es nicht Blumen und Weihrauch genug, ihn zu feiern und als Zierde der Nation zu preisen. Armes Deutschland!

SPD. Weimar, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Nach eingehendem Referat von Dr. Gerike hat der am 21. Mai unter Vorsitz des Bürgermeisters Lenge-Weimar in Weimar tagende Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages eine Entschliessung eingebracht, in der es u.a. heisst:

"Angesichts der nicht mehr zu überbietenden Not der deutschen Landgemeinden sieht sich der Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages gezwungen. nachstehende vordringliche Forderungen zu erheben, entsprechend den bereits im Oktober 1930 gemachten Vorschlägen des Deutschen Landgemeindetages, die ungerechte Dreiteilung der Erwerbslosenversicherten, Krisenunterstützen und Wohlfahrtsempfänger zu beseitigen. An ihre Stelle hat eine allgemeine Erwerbslosenfürsorge zu treten, mit deren Durchführung die Gemeinden beauftragt werden. Zu denKosten dieser allgemeinen Erwerbslosenfürsorge dürfen die Gemeinden ähnlich, wie bei der heutigen Krisenfürsorge höchstens bis zu 20 Proz. herange-zogen werden. Die fehlenden 80 Proz. sind aus Mitteln des Reiches durch Beiträ ge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch Beiträge aller im Verdienst stehenden Personen zu decken. Den annähernd 6 Millionen Erwerbslosen in Deutschland kann jedoch durch eine allgemeine Erwerbslosenfürsorge nicht geholfen wer den: Durch Arbeitsbeschaffung befreit das Reich die Reichsanstalt sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände von untragbaren Ausgaben. Nur Arbeitsbeschaffun kann eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben. Die Reichsregierung muss infolgedessen alle erforderlichen Vorkehrungen treffen, welche ein grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm ermöglichen. Hierzu erscheint die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Prämienanleihe jedoch nicht ausreichend."

Ausserdem wurde mit Rücksicht auf die Notlage der deutschen Landgemeinden

folgendes Telegramm an den Reichskanzler geschickt:

2

"Bei zahlreichen deutschen Landgemeinden, die mitten im finanziellen Zusammenbruch stehen, ist mangels Mittel die Gefahr akut, die Arbeitslosen nicht weiter unterstützen zu können. Der in Weimar versammelte Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages fordert dringend und nachdrücklich sofortige wirksame Reichshilfe und durchgreifende Reform der gesamten Arbeitslosenunterstützung. Soweit augenblickliche Kabinettsberatungen bekannt geworden sind, werden geplante Änderungen für unzweckmässig und unzureichend gehalten. Die Gemeinden deren Kräfte und Mittel erschöpft sind, nüssen die Verantwortung für Weiterentwicklung der Dinge ablehnen."

SPD. London, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Fünfzehn Stunden nach ihrem Start in Grace Harbour in Neufundland ist die Atlantikfliegerin Amelia Earhart heil in Irland angekommen. Ihre Absicht war womöglich bis nach Frankreich weiter zu fliegen, aber ein unbedeutender Defekt an den Auspuffrohren ihres Flugzeuges veranlasste sie, auf offenem Felin der Grafschaft London Derry zu landen. Fräulein Earhart ist die erste Frau die den Atlantik allein im Flugzeug überquert hat.

SPD. Paris, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

In Brest ist am sonnabend ein neuer 10 000 Tonnen-Kreuzer vom Stapel lassen worden, der den Namen "Algerien" erhalten hat. Der neue Kreuzer ist das siebente und letzte Schiff eines Geschwaders, dessen Schaffung nach dem Washingtoner Flottenabkommen beschlossen worden war. Er ist 185 Meter lang und 19 1/4 Meter breit. Seine drei Maschinen haben eine Gesamtstärke von 100 000 PS und sollen dem Schiff eine Geschwindigkeit von 33 Seemeilen verleihen. Der Kreuzer ist mit 8 Geschützen 20,3 cm, 8 Flugzeugabwehrgeschützen von 10 cm; 8 Revolverkanonen, 6 Torpedolancierrohren und zwei Katapultvorrichtungen für Wasserflugzeuge ausgerüstet. Die beiden Flugzeuge werden an Bord mitgeführt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die mehrwöchigen, nur durch die beiden Pfingsttage unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über die nunmehr in Aussicht zu nehmenden finanz-, sozial- und wirtschaftspo itischen Massnahmen konnten am Sonnabend Nachmittag in allen grundsätzlichen Fragen in voller Vebereinstimmung zum Abschluss gebracht werden. Zu den unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Beratungen waren das Reichsbankdirektorium und, soweit erforderlich, die drei Reichskommissare für Preisüberwa- chung, Bankenaufsicht und die vorstädtische Randsiedlung, sowie der Vorstand der Garantiebank hinzugezogen worden. Die Entschliessungen der Reichskabinett fanden wertvolle Förderung durch nebenhergehende Beratungen mit den berufenen Vertretern der beteiligten Bevölkerungskreise.

Das Gesamtprogramm erstreckt sich im wesentlichen auf die endgültige. Fertigstellung und Abdeckung des Reichshaushaltsplans 1932, die Sicherung der Arbeitslosenfürsorge und andere sozialpolitische Reformmassnahmen, sowie auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm unter gleichzeitigem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Der Reichshaushaltsplan geht nunmehr dem Reichsrat zu, dessen Beratungen unter Beteiligung der Reichsregierung und der Finanzminister der deutschen Länder demnächst beginnen werden. Die übrigen vorerwähnten grundsätzlichen Beschlüsse der Reichsregierung unterliegen augenblicklich noch der endgültfägen Formulierung der zuständigen Stellen, mit der sich das Reichskabinett alsdann abschliessend im Anfang der kommenden Woche befassen wird. Weitere Einzelheiten hierüber können im Augenblick noch nicht mitgeteilt werden, da zuständigst ein Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten über das Gesamt-programm im Laufe der kommenden Woche stattfinden wird.

SPD. Köln, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Arbeitsgericht Köln fällte am Sonnabend eine grundsätzlich wichtige Entscheidung. Ein Karteiführer vom nationalsozialistischen Gaubüro in Köln, der seit drei Jahren in der Kartei beschäftigt war, wurde fristlos entlassen. Der Gauleiter Grohé hatte ihn aufgefordert, mit dem früheren nationalsozialis-

stischen Jugendführer Kayser, der wegen der Gründung des Bundes Revolutionärer Jugend (Jungfront) aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen
worden ist, jegliche Verbindung, d.h. telefonisch, mündlich und schriftlich
abzubrechen. Auch dürfe er den Kayser nicht mehr grüssen und mit keinem Parteigenossen über den Fall Kayser sprechen. Der Kläger lehnte dieses Ansinnen
ab, worauf er ohne jede Entschädigung fristlom entlassen wurde. Grohé wurde ve
urteilt, M 250.-- Kündigungsentschädigung an den Kläger zu zahlen. In der Urteilsbegründung wird gesagt, dass eine Beteiligung an den Bestrebungen Kaysers
kein Grund zur fristlosen Entlassung sei. Der Gesinnungswechsel eines Arbeitnehmers in parteipolitischer Beziehung sei - für sich allein genommen niemals ein wichtiger Grund zur Entlassung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist.
Diess müsse auch gelten für Arbeitnehmer, die bei politischen Parteien im
Dienst sind. Allerdings könne in einem solchen Falle der Arbeitgeber verlangen
dass der Arbeitnehmer es unterlässt, während der Dauer seines Dienstverhältnisses in der Öffentlichkeit gegen seine Arbeitgeber aufzutreten.

SPD. Genf. 21.Mai (Eig.Drahtb.)

In seiner Nachmittagssitzung beschloss der Rat nach nochmaliger längerer Aussprache, ein gemischtes Komitee aus Mitgliedern des Finanzkomitees und Vertretern der vier Garantiestaaten und aller Donauländer mit der Prüfung der finanziellen Hilfe für die Donauländer zu betreuen. Diese Beratungen sollen sowohl den französischen Vorschlag einer gemeinsamen Währungsreserve für alle Donauländer als auch die Frage der Einzelhilfe für Österreich behandeln. Das Komitee wird in Genf voraussichtlich am 1. Juli zusammentreten und im Falle einer Einigung selbst bestimmen, ob und wie die Regierungen gemeinsam weiter vorgehen werden. Es ist also nicht die Rede von einer weiteren Verzögerung dur einen Bericht an den Völkerbund selbst.

Da zum erstenmal eine Resolution der internationalen Arbeitskonferenz vor den Rat kam, erläuterte der stellvertretende Direktor Butler das Zustandekommen dieser Willensäusserung. Die Industrien aller Länder seien ausserstande, selbst die Heilmittel für ihre Krise zu linden. Dreissig Regierungs-, sechsundzwanzig Arbeiter- und drei Unternehmervertreter hätten daher für diese Resolution einer internationalen Wirtschaftsorganisierung auf gemeinsamer wirtschaftlicher Grundlage gestimmt. Durch öffentliche Arbeiten allein könne die Krise natürlich nicht behoben werden. Aber wenn ein Schritt notwendig sei. so sei es dieser, dessen ungeheure moralische Wirkung nicht zu verkennen sei. Ohne diesen Schritt sei überhaupt kein Ausweg aus der Not und Verzweiflung der leidenden Völker und der ungeheuren Arbeitslosenheere zu sehen. Als Ergebnis der Aussprache über das von der Arbeitskonferenz geforderte internationale Währungssystem wurde der Sitzungsbericht dem Finanzkomitee zum weiteren selbständigen Handeln überwiesen. Darauf nahm der Rat den Bericht des Spaniers Madariaga an, durch dendie Entschliessung der Arbeitskonferenz der Vollversammlung des Völkerbundes für ihre Septembertagung zugeleitet wird wird das Studienkomitee für öffentliche Arbeiten aufgefordert, seine Arbeiten zur Ausarbeitung internationaler Arbeitspläne zu beschleunigen. Dabei stellt der Rat die verschiedenen Organe des Völkerbundes zur Verfügung der Lausanner-Konferenz und zum Schluss entscheidet er, der Vollversammlung die Einberufung einer Weltkonferenz zur Prüfung der internationalen Produktions- und Handelsprobleme vorzuschlagen. Diese Konferenz soll den Abschluss internationaler Abkommen zum Ziele haben, die eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätig-Keit sicherstellen sollen. Das Völkerbundssekretariat soll sämtliche Vorbereitungen dazu treffen.

Eine unwürdige Szene schloss diese 67. Ratstagung ab. Die Vertreter Liberias wehrten sich erfolgreich gegen die Zumutung des Generalsekretärs, telegrafisch die Garantie vom Parlament einzuholen für die 25 000 Francs Unkosten

einer Völkerbundsmission zur "Befriedung" der Kruneger. Der Rat musste diese Summe wohl oder übel vorschussweise und wahrscheinlich auf Verlustkonto zur Verfügung stellen.

SPD. Köln, 21.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Zentralheizungsgewerbe in Köln wurde eine Vereinbarung getroffen,
wonach der Stundenlohn für den Monteur im 5.Berufsjahr ab 19.Mai 1932

M 1,20 (Senkung 10 Pfg.), ab 1.Juli M 1,15 (Senkung 5 Pfg.) beträgt; Monteure
im 2. bis 4.Berufsjahr erhalten davon 95 %, im ersten Berufsjahr 90 %, Monteurhelfer im ersten Berufsjahr 75 %, im zweiten Berufsjahr 80 %, Hilfsarbeiter 60 %. Die Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 30.0ktober 1932.

SPD. Paris, 21. Mai (Eig. Drahtb.) Der "Matin" und der "Ami du Peuple" bemihen sich krampfhaft, den Brand auf dem "Georges Philippard" auf einen kommunistischen Anschlag zurückzuführen, Mobel sie sich auf die von der Kriminalpolizei an die Schiffahrtsgesellschaft vor der Ausreise ergangene Mitteilung stützen, dass man in Pariser revolution gren Kreisen beabsichtigt habe, des Schiff zu sprengen, weil es Munition nach Japan befördere. Vor der Abfahrt ist aber keine verdächtige Person noch ein blinder Passagier an Bord entdeckt worden. Am Sonnabend hat aun der "Matin" Erklärungen der Leiter der Schiffswerft, auf der der "Georges Philippard" erbaut worden ist, veröffentlicht, die beweisen sollen, dass der Brand unmöglich durch Kurzschluss hervorgerufen war; denn jeder Leitungsdraht, so erklären die Techniker, sei mit einer Stahlhülse umgeben gewesen, sodass ein Kurzschluss, d.h. eine Berührung zweier Drähte, ausgeschlossen sei. Demgegenüber veröffentlicht der "Petit Parisien" eine Meldung aus Dschibuti: "Die bisher berichteten Tatsachen über die Entstehung des Brandes müssen aufrecht erhalten werden. Die Unzulänglichkeit der Lichtleitung bestätigt dies, ebenso die zahlreichen Kurzschlüsse in den Kabinen der ersten Klasse und in dem Schwimmbad. Allein die Passagiere der ersten Klasse sind durch den Brand in Mitleidenschaft gezogen worden." Desgleichen äussert sich die "Humanité", ein in Schiffbauangelegenheiten erfahrener Korrespondent habe ihr mitgeteilt. dass Brände auf den Schiffen der französischen Gesellschaften nicht selten seieh. In neun von zehn Fällen liegen die Ursachen in den schlechten Lichtanlagen.

SPD. Am kommenden Montag kann der Reichsbund der Kriegsbeschädigten auf ein fünfzehnjähriges Bestehen zurückblicken. Gegründet wurde der Bund von dem Sozialdemokratischen preussischen Landtagsabgeordneten Erich Kuttner. Auf seine Veranlassung hin fand anfangs Mai 1917 eine Besprechung statt, an der 32 Kriegsbeschädigte teilnahmen. Kuttner wurde beauftragt, bis zur nächsten Sitzung ein Programm auszuarbeiten. Dieses Programm, das erste des Reichsbundes, wurde am 23. Mai 1917 von den 32 Kriegsbeschädigten, die an der Grüngdungsversammlung des Reichsbundes teilnahmen, beratenund beschlossen.

Das Programm erstreckte sich nach zwei Richtungen: Staatshilfe und Selbsthilfe. Unter der Devise "Nicht Dank, sondern Recht" wurden die Forde rungen des Bundes der Öffentlichkeit und der Regierung hekannt gegeben. Diese Parcle schlug ein. In wenigen Tagen schlossen sich die Kriegsbeschädigten zu Hunderten dem neuen Bund an, und im April des folgenden Jahres, Ostern 1918, konnte der "Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer", wie er zunächst hiess, auf dem ersten Bundestag in Weimar 25 000 Mitglieder und 300 Ortsgruppen mustern. Auf dem Würzburger Bundestag im Mai 1920 wurde das Programm.

der grössten Organisation der Kriegsopfer, die nunmehr "Reichsbund der Kriegs-beschädigten, Kriegsteilnehmer und Krigerhinterbliebenen" hiess, erweitert und neu gefasst. Die parteipolitische und religiöse Neutralität und das klare Bekenntnis zur Weimarer Reichsverfassung haben den Aufstieg des Reichsbundes wesentlich gefördert. So zählte er vor Beginn der Inflationswirren einen a Mitgliederbestand von 850 000. Die Inflation hat selbstverständlich die Organisation scharf in Mitleidenschaft gezogen. Bald begann jedoch der Wiederaufstieg. Heute sind im Reichsbund über 400 000 Mitglieder in nahezu 6 000

Ortsgruppen vereinigt. Das Wirken des Reichsbundes ist zur Genüge bekannt. Die organisatorische Stärke verlieh dem Bund die Möglichkeit, die Versorgungsgesetzgebung, die staatliche Fürsorge und das gesamte Gebiet der Sozialpolitik - bis zu Beginn der Notverordnungszeit - entscheidend mit seinen Auffassungen zu heeinflüssen. In mehr als 5500 Ortsgruppen wird den Mitgliedern kostenlose Rechtsauskunft gegeben. Die Zentralrechtsabteilung beim Bundesvorstand hat bisher etwa 🖣 70 000 Rekurse mit reichem Erfolg vor dem Reichsversorgungsgericht vertreten. Für die Erholung der Kriegsopfer, und vor allem auch für die Erholung der Kinder der Kriegsopfer hat der Bund eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Seit 1925 wurden aus Bundesmitteln über 150 000 Mark für zwecke der Erholungsfürsorge bereit gestellt. Besonders leistungsfähig ist die Sterbefallunterstützungseinrichtung des Bundes. Bei insgesamt 33 738 Sterbefällen gelangten seit 2 753 460 Mark an die Hinterbliebenen von Mitgliedern zur Auszahlung.

Vereint sind auch die Schwachen mächtig - nie hat dieses Wort eine schö-nere Bestätigung gefunden als in dem grossen Hilfswerk des Reichsbundes für

die Opfer des Krieges!

SPD. Rom, 21. Mai (Eig. Drahtb.)

Das morgen beginnende <u>internationale Treffen</u> aller <u>der Flieger</u>, die den Ozean überflogen haben, hat leider mit einem <u>schweren Unglücksfall</u> eingesetzt. Die beiden ungarischen Teilnehmer Endress und Bittai sind heute nachmittag zu Tode gestürzt, als sie gerade direkt von Budapest im Lufthafen eintrafen, um an dem internationalen Kongress teilzunehmen. Ihr Flugzeug hat sich beim Sturz auf dem Boden entzündet, die beiden Flieger kamen elend in den Flammen um. Georg Endress ist durch seinen Flug von New York nach Budapest berühmt geworden. Von den anderen Teilnehmern, die meist im Flugzeug eingetroffensind oder noch eintreffen, wird mit Gespanntheit die amerikanische Fliegerin Amelia Earhart erwartet.

SPD. Prag, 21. Mai (Eig. Drahtb.) & Die Gegensätze zwischen den beiden grössten Koalitionsparteien, den & tschechischen Agrariern und Sozialdemokraten, haben sich in den letzten Tagen wieder sehr verschärft. Ausser den immerwährendengroben Angriffen der Agrarier auf den sozialistischen Fürsorgeminister Dr.Czech, war es eine Extratour@des agrarischen Ministerpräsidenten Udrzal, die Anlass zu neuen Reibungen gab. Ministerpräsident Udrzal erschien Donnerstag zur allgemeinen Ueberraschung auf der Generalversammlung des Industriellenbundes wo er erklärte, er nehme die Ausführungen der Redner dankend zur Kenntnis. Da auf dieser Tagung der Oberdirektor der grössten tschechischen Bank, der Ivnobank, jede Planwirtschaft heftig bekämpfte, hat die Rede des Ministerpräsidenten verblüffend gewirkt, Udrzal sagte auch, seine Regierung sei, abgesehen von Mussolini und Stalin, die älteste in Europa und werde sich noch eine Zeit lang halten. Dagegen list in eingeweihten Kreisen bekannt, dass es nur mit Rücksicht auf das nahende Sokolfest zu einer Regierungskonstruktion noch nicht gekommen ist, dass aber nach Beendigung der Turnerfeierlichkeiten im Juli einige Männer aus der Regierung ausscheiden werden, vor allem der Ministerpräsident Udrzal, der durch einen anderen Agrarier ersetzt wird und der Innenminister Slavik, dessen Ressort ein heher Staatsbeamter übernehmen soll.

-f-Aŭs aller Welt

Vom Kloster zum Frauenzuchthaus.

Reportage aus dem neuen Spanien - Wo das Schicksal langsam schreitet - -

SPD Madrid, Ende Mai (Eig.Ber.)

Das Frauenzuchthaus der Provinz Madrid ist eine der wenigen spanischen Strafanstalten, in der Victoria Kent, jene Frau, die bei der spanischen Rezvolution zur Präsidentin des Strafvollzugs ernannt wurde, ihr Reformprogramm durchführen konnte. Victoria Kennt will u.a., dass die Gefängnisse in eine Artsozialer Schulen umgewandelt werden. Mangel an Mitteln, bürokratische Schwierigkeiten, gewisse politische Widerstände hemmen ihren Weg. Aber die Strafanstalt in Alkalà kann im ganzen bereits als Musteranstalt gelten. Es ist zu hoffen. dass es ihrer bald mehr geben wird.

ist zu hoffen, dass es ihrer bald mehr geben wird.

Alkalà de Henares liegt dreiviertel Stunden entfernt von der Hauptstadt:
ein kleines Städtchen, das im Mittelalter die berühmteste spanische Universize
tät beherbergte. Auch Spaniens grösster Dichter, Cerbantes, hat hier gelebt
und den Ruhm des Ortes in die Welt getragen. Heute ist Alcalà die Stadt der
Kasernen, der bettelnden Kinder und der Gefängnisse. Am Bahnhof bereits bez
mächtigte sich meiner eine Schaar Halbwichsiger, die mich durch das ganze

Städtchen hartnäckig verfolgte.

Schon einmal, 14 Tage vorher, war ich in Alcala, um das Zuchthaus zu besichtigen. Aber man verweigerte mir, trotz guter Empfehlungen, den Eintritt, denn im Haus gab es eine kleine Revolte: Die Nonnen, die bisher im Gefängnisswesen arbeiteten, sollen laut Republik-Verfassung von Iaien-Aufseherinnen abgelöst werden, und gerade an diesem Tag waren die ersten Iaien-Aufseherinnen im Amt. Natürlich liessen die Nonnen die günstige Gelegenheit - statt 14 Nonsnen traten nur vier Iaienschwestern ein - nicht nutzlos verstreichen, die Gefangenen aufzuhetztn und das grosse Durcheinander wäre durch den Besuch eines Journalisten nicht gerade gemässigt worden. Soweit wenigstens die Erklästung des Zuchthausdirektors, der mich nun diesmal mit betonter Iaebenswürdigskeit durch das Gebäude führte.

Ehemals war hier ein Kloster. Altäre an allen möglichen und unmöglichen Orten zeugen davon noch heute. Ein heller Aussenhof, mit Blumen und Bäumen, überrascht angenehm. Aber gleich dahinter sieht man ein Gebäude, dessen lange Korridore und Eisentreppen, von keiner Mauer geschützt, sich in den Hof öffmen das Zellengefängnis. "Im Winter ist es eiskalt hier" sagt der Direktor, "Der Wind pfeift durch, Oefen haben wir nicht, aber vielleicht können wir west nigstens, wenn wir Geld bekommen, eine Mauer vorbauen." 900 Gefangene nimmt

das Gebäude auf, augenblicklich sind nur 50 da.

Wir steigen sauber gescheuerte Steintreppen im alten Klosterhaus hinauf, kommen in einen riesigen Schlafsaal. Hier schlafen alle Gefangenen, ausserdenen, die "sich schlecht führen", und den Neuankömmlingen, die etwa 8 bis 14 Tage in der Zelle zu bleiben haben. Frauen in Anstaltskleidung grüssen freundlich, öffnen uns die Tür zu einem kleinen Raum, in dem Kinder spielen. Drei bis sechs Jahre sind sie alt, 3 Mädels und ein Junge. "Kinder unserer Gefangenen" erklärte der Direktor. "Bis zum siebenten Jahre bleiben sie hiem. Die Frauen haben keine Angehörigen, entsprechende staatliche Heime für die Kinder gibt es nicht, also behalten wir sie hier. Tagsüber werden sie von einer Pflegerin beaufsichtigt, die mit ihnen spielt, sie füttert. Die Mütter sehen sie täglich in der Freizeit, an Sonn- und Festtagen haben sie sie den

ganzen Tag um sich." Das Jüngste weint kläglich. "Es ist erst zwei Tage hier" sagt die Pflegerin, die es auf den Arm nimmt, "es bangt sich noch nach der Mutter..."

Im Arbeitsraum sitzen die Gefangenen, meist Frauen vorgeschrittenen Alsters; verurteilt sind sie wegen Diebstahls, einige auch wegen Mordes. Sie nähen Laken, Säcke, machen Stick- und Strickarbeiten. Mir den Sack bekommen sie 15 Centimos, der Durchschnittsverdienst einer guten und fleissigen Arsteiterin beträgt ca. 50 Pes. pro Monat. Verschiedenfarbige Holzmarken am Kleid bezeichnen die Mihrungsstufe. Wer sich besonders gut geführt hat, kann auf eigene Bechnung arbeiten oder Sachen für sich selbst anfertigen. Es werden Strümpfe gestrickt, Hosen genäht, denn: der spanische Staat liefert seinen Gefangenen zwar die Kleider, Hemden und Alpargates (Leinenschuhe), dafür aber müssen Hosen und Strümpfe oder gar Unterröcke als Luxusgegenstände von den Gefangenen selbst gehalten werden.

Eine Zigeunerin ist unter den Frauen. Aus Eifersucht hat sie eine Nebenschlerin mit Vitriol verbrannt, nun muss sie drei Jahre absitzen. 6 Monate hat sie schon hinter sich. Wenn sie sich die Woche über gut geführt hat, darf sie am Sonntag singen. *Lassen Sie sie jetzt was singen, Herr Direktor, damit die Dame sie hört* bettelt es von allen Seiten. Aber der Direktor erlaubt es

nicht. Enttäuscht gehen die Frauen wieder an ihre Arbeit.

Fast alle sind Analfabetinnen. Es werden täglich zwei Schulstunden abægehalten: Lesen, Schreiben, Rechnen. Die Aufseherinnen, meist geprüfte Lehærerinnen, müssen den Unterricht erteilen. Nur Frauen über 45 Jahre sind davon befreit. Aber auch die jüngeren lernen schwer – nur selten lernen sie mehr, als ihre Namen zu schreiben. Eine Bibliothek besitzt das Gefängnis gleichæfalls, aber Bücher werden kaum verlangt. Auch für die, die lesen können, ist das zu anstrengend. Liest aber einmal eine Gefangene besonders gern und gut, so durf sie den anderen vorlesen.

Der Direktor führt mich ins Zellengefängnis hinüber. Wie Krenkenzimmer wirken die Zellen. An weissen Wänden ein weissgedecktes Bett, ein Stuhl, ein Nachttisch, Kleiderständer. Aber die Gefangenen des Zellengefängnisses sind keineswegs in ihren Zellen eingeschlossen. Sie stehen, Strömpfe strickend, Tücher stickend, miteinander schwatzend, von einer Aufseherin betreut, vor den Zellentüren im Korridor. Sie begrüssen uns, als seien wir ihre besten Freunde. Eine alte Frau erzählt mir ihr Schaksal. Sie stammt aus dem Norden Spaniens, aber sie will nicht sagen, aus welchem Dorf. Sie hat eine Nachbarin, die auf dem Markt ihre Ware zu billigerem Preis verkauft hat, halbtotgeprügelt, darum sitzt sie hier. Nächste Woche darf sie fort. Zum Mittagessen, von einer Gefangenen zubereitet, gibt es "Cocido", das spanische Nationalgericht, weisse Bohnen mit Rindfleisch, Speck und Kartoffeln. Vorher Nudelsuppe und ein Brot und Nachtisch. Nach dem Essen sitzen die Gefangenen eine Stunde in der Sonne und spielen mit den Kindern. Zum Rundspeziergeng sind nur Aufsässige und Neueingelieferte verpflichtet.

Zuletzt werde ich in einen Raum geführt, der ein riesiges Warenlager und Verkaufstische enthält. Alles, von Parfums, Seifen, Schminken, bis zu Wein, Würsten, Schokolade und Kleidungsstücken wird hier von einer Nonne an die Gefängenen verkauft. Sie erhalten von der Anstaltsleitung Bons, zu je 5 Pesseten. Diese Bons sind in kleine Felder von je 25 Centimos eingeteilt. Je nach dem Wert der gekauften Ware wird von dem Bon abgeschnitten. Die Gefängenen könsnen soviel Geld ausgeben wie sie wollen und wie sie besitzen. Geschäftstüchtig wie sie sind, haben die Nonnen diesen Handel in Schwung gebracht. Sie verstänen sicher nicht schlecht, denn sie sind nicht billiger als die Ladengesschäfte und kaufen für die armen Gefangenen natürlich billiger bei den Fass

brikanten.

Die Besichtigung ist zu Ende. Ich stehe wieder auf der Gasse. Meine Her=
de Gassenjungen hat getreulich auf mich gewartet. Im Triumpf geleiten sie
mich zum Bahnhof.

Iwo.

Gegen den "Schwarzen Drachen" Am Sonnabend mittag tauchten plötzlich vor dem Gebäude der japanischen Botschaft in Berlin 30 Kommunisten auf, warsfen unter Rufen wir "Nieder mit Japan!" und "Nieder mit dem schwarzen Drachen!" zwei grosse Spiegelscheiben im Erdgeschoss ein und flüchteten dann in den nahen Tiergarten. Einer der Täter konnte festgenommen und der Politischen Polizei übergeben werden.

Raubüberfall. Auf der Zeche Gottfried Wilhelm bei Essen drangen am Sonnabend nach Schluss der Lohnzahlung zwei Burschen in den Kassenraum ein und zwangen die Beamten mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe des restelichen Geldes. Als sich die Beamten zur Wehr setzten, gaben die Räuber mehrere Schüsse ab. Ein Kassenbeamter wurde am Kopf so schwer verletzt, dass er am Nachmittag im Krankenhaus verschied. Der andere erhielt einen Streifschuss. Die Räuber flüchteten mit 800 Mark.

Geglückter Ozeanflug. Die amerikanische Fliegerin Amelia Earhart, die am Freitag-Abend um 10.50 mitteleuropäischer Zeit in Harbour-Grace auf Neusfundland zu einem Atlantikflug nach Paris gestartet ist, war gezwungen, wegen Bruchs eines Benzinzuleitungsrohrs am Sonnabend nachmittag um 3,50 Uhr bei Londonderry auf Irland niederzugehen. Die Landung ging glatt vonstatten. Die Fliegerin erklärte, dass sie auf dem letzten Teil ihres Fluges sehr schlechstes Wetter gehabt habe und sehr niedrig fliegen musste. Wegen der Beschädisgung ihres Apparates werde sie den Flug nach Paris nicht fortsetzen.

Miss Earhart ist die erste Frau, die den Atlantic in der West-Ostrichtung allein überflogen hat. Ihr Glücksflug fiel auf den fünften Jahrestag

der Ozeanüberquerung Lindberghs.

7

Nach dem Unwetter. Eine vom Regierungspräsidenten in Koblenz eingesetze te Prifungskommission hat die Unwetterschäden in Güls und fünf anderen in der Nähe gelegenen Orten auf insgesamt rund 1 200 000 Mark festgesetzt. Der grösste Teil dieser Summe entfällt auf das Oertchen Güls, wo keine Familie von dem Unwetterunheil verschont blieb. Die Leiche des vermissten Eisenbahne beamten Schiele ist bis zur Stunde noch nicht gefunden worden.

Frobenius-Expedition. In diesen Tagen bricht der Afrikaforscher Leo Frobenius zu seiner zehnten Afrikaexpedition auf. Das Unternehmen soll in das tripolitanische Gebiet der Sahare führen. Insbesonders will Frobenius die mysteriösen Felsbilder zwischen Nurzuk und Gath erforschen. Der Gelehrte wird von einigen Assistenten des von ihm geleiteten Frankfurter Instituts für Kulturmorphologie begleitet.

Um den Tuberkuloseerreger. Auf dem Harzburger Tuberkulosekongress sprach Professor Bruno Lange-Berlin über die Biologie des Tuberkuloseerregers. Besonders Aufsehen erregten ferner die Ausführungen von Professor Kleinsschmidt-Köln über Beobachtungen bei den Lübecker Säuglingstuberkulosen. Kleinsschmidt stellte fest, dass die Behandlung der Kinder, die die Calmette-Katastrophe überlebt hätten, gute Fortschritte gemacht habe. Nach dem ersten Lesbensjahr sei kein Kind mehr an Tuberkulose gestorben. Ueber Erbuntersuchung an tuberkulösen Zwillingen sprachen die Aerzte Dr. Diehl-Sommerfeld und Dr. Freiherr v. Verschür-Berlin-Dahlem. Die Vortragenden haben ihre Erfahrungen in mehrjähriger Forschung an 125 tuberkulösen Zwillingspaaren gesammelt.



Scharfer Wind.

Tagung der Fabrikarbeiter.

SPD. Die organisierte Arbeiterschaft ist von einer grenzenlosen Erbittezung erfüllt. Seit Jahr und Tag muss sie Opfer bringen, immer wieder Opfer. Aber all diese Opfer haben infolge einer unbegreiflich falschen Politik der Reichsregierung nicht verhindern können, dass der vom Nationalsozialismus geführte Heerbann der Todfeinde der freien Arbeiterbewegung immer stärker angewachsen ist. Die Erbitterung über die Vergeudung der Opfer machte sich in diesen Tagen in der Stellungnahme einer grossen Gewerkschaft zu den brenzenden Fragen der Stunde: in der Beiratstagung des Fabrikarbeiterverbandes

in Hannover stürmisch Luft.

÷

Als Vertretung von rund 400 000 Arbeiterinnen und Arbeitern, deren Ar beit die deutsche Wirtschaft mit aufgebaut haben und von denen zur Zeit der grösste Teil infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit grosse Not und Entbehrung leiden muss, hat der Fabrikarbeiterverband - so schreit es förmlich aus sei= ner Willenskundgebung in die Oeffentlichkeit und vor allem in die Kanzlei der Reichsregierung - das Recht und die Pflicht, die Forderung auf Arbeits =: beschaffung als die dringendste der Staats- und Wirtschaftspolitik zu erheben. Der Verhandsbeirat verurteilt die Lohnabbaupolitik der Regierung und Unter-nehmer als falsche Wirtschaftsführung. Der Lohnabbau habe zwar zur Einschrumpfung der Inlandswirtschaft geführt, aber eine Verbesserung der Konkur= renzfähigkeit am Weltmarkt sei nicht eingetreten. Vom Reichsarbeitsminister und den staatlichen Schlichtungsorganen müsse von neuem mit allem Ernst ge= fordert werden, dass jede weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedin= gungen endlich eingestellt werde. Nicht durch Lohnabbau, sondern nur durch wirksame Arbeitsheschaffung und scharfe Arbeitszeitverkürzung könne etwas zur Eindämmung der Krise getan werden. Die Fabrikarbeiter forderten deshalb die Einführung der gesetzlichen Vierzigstundenwoche und des Vierschichtensystems in durchlaufenden Betrieben und Betriebsabteilungen unter Berücksichtigung der Existenzsicherung der Arbeiterschaft.

Auch zu den im Augenblick im Vordergrund des politischen Kampfes stehen=
den Fragen der Sozialversicherung nahm der Verbandsbeirat in seiner Willens=
kundgebung Stellung. Er fordert die unbedingte Aufrechterhaltung der Sozial=
versicherung und schärfste Zurückweisung aller Pläne, die unter dem Deckman=
tel eines Umbaus nur auf die Zerstörung der Sozialversicherung abzielen. Auch
gegen die Schädigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Export=
industrie zu Gunsten grossagrarischer Interessen macht der Verband als Ver=
treter der Arbeiterschaft wichtiger deutscher Fertigwarenindustrien scharf
Front. Im Anschluss daran fordert der Beirat Wiederherstellung des internatio=
nalen Vertrauens in der Aussenpolitik und völlige Aufhebung der deutschen Re=

parationsverpflichtungen.

Scharfe Worte der Kritik gegenüber Regierung und Unternehmertum fielen in der Aussprache, die nach der Berichterstattung über die Verbandsentwick= lung durch den Vorsitzenden Thiemig - dem Beirat lag das Verbandsjahrbuch 1931 als Rechenschaftsbericht vor - auf der Beiratstagung einsetzte. Wenn Brüning und Stegerwald immer wieder erklärten, sich von niemanden in der Sorege für die Opfer der Krise übertreffen zu lassen, so stehe doch damit die

Ú#

Ľ,

ì

Wirtschafts- und Lohnpolitik der Regierung in schärfstem Widerspruch. Wäherend Brüning und Stegerwald arbeiterfreundliche Erklärungen abgäben, bes laste der deutschnationale Agrarminister Schiele in geradezu ungeheuerlicher Weise die Verbrauchermassen. In der Arbeitsbeschaffung geschehe nichts Posietives. Die Lohnabbaupolitik aber werde immer weiter fortgesetzt, und nun drohe auch noch der Sozialversicherung neues Unheil. Bei den Tarifverhandlungen habe man oft den Eindruck, als ob gar nicht mehr der Wille des Reichsare beitsministers sondern die Lohnpolitik der Bürokratie massgebend sei.

Bei der Erörterung der Arbeitszeitfrage wurden in der Debatte vereinzelzete Fälle, so z.B. aus der Margarine- und Speiseölindustrie, angeführt, in den nen als Wirkung der Arbeitszeitverkürzung eine grosse Leistungssteigerung einzeteten sei, die die Neueinstellung von Arbeitern überflüssig gemacht habe. Demgegenüber wurden aber auch Beispiele angeführt, in denen die Arbeitszeitzverkürzung Neueinstellungen ermögliche und Entlassungen verhindere. Auch die Zweifler und Skeptiker waren sich völlig darüber im klaren, dass die Arbeitszeitzung Neueinstellungen ermögliche und Entlassungen verhindere.

losigkeit auch durch Arbeitszeitverkürzung eingedämmt werden muss.

Besondere Beachtung verdient der in der Aussprache wiederholt erfolgte energische Hinweis, dass es falsch sei, den freiwilligen Arbeitsdienst reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Organisationen als Betätigung und Werbege-

biet zu überlassen.

Die zur Abdämmung der Krisenauswirkungen auf den Verband notwendigen organisatorischen Massnahmen wurden vom Beirat in stärkster Geschlossenheit und Einmütigkeit festgelegt. Eine Angleichung der Ausgaben an die Einnehmen musste erfolgen, wenn nicht die Reserven aufgebraucht und die Widerstandskräfste des Verbandes erschüttert werden sollen. Seit Anfang 1930 bis März 1932 hat der Fabrikarbeiterverband über 24 Millionen für soziale Unterstützungen ausgegeben. Auf der andern Seite hat aber die Krise den Rückgang der Einnahmen beschkeunigt. Waren doch 1931 fast 30 Prozent der Gesamtzahl der Beiträge Erwerbslosen-Beiträge in Höhe von 10 Pfennig. Da alle sonstigen Sparmöglichkeiten bereits ausgeschöpft sind, musste zu einer Kürzung der Unterstützungsteitungen geschritten werden. Der Verbandsbeirat nahm hierfür die Vorschläge der Statutenberatungskommission einstimmig an. Die Kürzung in den niedrigeren Beitragsklassen ist wesentlich geringer als in den höheren, zum Teil tritt überhaupt keine Kürzung ein. Von einer Zusammenlegung der beiden Verbandszeitungen wurde aus organisatorischen Gründen Abstand genommen.

Erbitterung, aber nicht Verzweiflung - das war der Grundakkord der Beistatstagung. Die Festigkeit des Verbardes ist - das hat der Verlauf der Tagung eindrucksvoll gezeigt - unerschüttert. Das beweisen auch zahlreiche günstige Werbeerfolge trotz der Wirtschaftskrise, auf die Geiger vom Hauptvorstand auf

merksam machte.

verband, auf allen anderen Gewerkschaften, auf der gesamten deutschen Arbeisterklasse lasten, wir müssen uns durchringen. Mit diesem Wort sprach der Versbandsvorsitzende Thiemig im Anschluss an seinen Nachtuf auf die Toten der Gewerkschaftsbewegung, vor allem auf den von Nazi-Mörderhänden in Neuteich bei Danzig hingeschlachteten Verbandskollegen Gruhn, Millionen von deutschen Arsebeitern aus der Seele.

SPD. Im Ruhrbergbau herrscht wieder tarifpolitischer Kriegszustand, Mantels tarif und Lohnabkommen sind gekündigt. Die Parteiverhandlungen sind ergebnissios verlaufen. Am kommenden Mittwoch werden die Tarifverhandlungen fortgessetzt. Angeblich wollen die Grubenherren nur eine "Auflockerung" des Lohnstarifs. Dass eine solche Auflockerung praktisch aber auf nichts anderes hinaustäuft als auf verschleierten generellen Lohnabbau, bestätigt jetzt auch der

Schlichter für Westfalen, Dr. Brahn-Dortmund. Auch er will von einer Auf= '

lockerung des Lohntarifsystems nichts wissen.

es einer Reihe von Zechen zurzeit sehr schlecht gehe, noch lange nicht die Einführung eines labilen Ichnsystems begründen. Man könne zur Not drei oder vier Zechen, die besonders schlecht stünden und deshalb im Gefahr seien, stillgelegt zu werden, den Randzechen zuzählen, deren Ichnterif bekanntlich 6 bis 9% niedriger sei als der offizielle Ruhrbergbautarif. Eine Auflockerung des Ichntarifsystems sei aber kaum zu verantworten; denn mit der gleichen Begründung, die die Zechenherren ins Treffen führten, könnten auch andere Arbeitgeberverbände, z.B. die Eisenindustrie Nordwest verlangen, dass einiz gen ihrer Werke mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein labiles Ichnsystem gewährt werde.

Der Schlichter wird kaum einen Spruch fällen, von dem er nicht weiss, dass ihn der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Will aber der Reichsarbeitsminister nach den schlimmen Erfahrungen, die er mit dem, von den Unternehmern ihm empfohlenen, Lohnabbaurezept machen musste, sich jetzt = diesmal mit der Tarifauflockerung = noch weiter auf die schiefe Ebene locken lassen? Im Ruhrbergbau ist eine klare Sprache notwendig. Die Bezüge der Berg= arbeiter sind bereits um 51% gesunken. Ein weiterer Lohnabbau, auch ein als

Tarifauflockerung maskierter Lohnabbau ist untragbar.

SPD.Der Niederländische Gewerkschaftsbund hat den Innenminister in einem Schreiben ersucht, für die Betreuung der Arbeitslosen einen höheren Betrag als 750 000 Gulden zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitslosen könnten heute ihren Bedarf an Kleidung und Schuhzeug nicht mehr decken. Der Bund fordert auch eine bessere Regelung der Arbeitsbeschaffung.

Der Niederländische Landarbeiterverband hat dieser Tage die Mitglieder=
zahl von 30 000 überschritten. Er hat seit dem 1. Januar einen Zuwachs um
7 000 Mitglieder zu verzeichnen.

SPD.Im nationalsozialistischen "Angriff" wirft ein Irgendwer, der sich in der Beilage "Der Betriebspionier" an die "Behörden- und Büroangestellten Deutschlands" wendet, den Gewerkschaften mangelnder Wille zum Generalstreik vor, Er fragt: "Warum riefen denn die Gewerkschaften von links nach rechts nicht zum Generalstreik auf, als es galt, die Notverordnungen zu verhindern? Weil sie zu feige waren."

Soeben hat Adolf Hitler den Hauptschriftleiter des nationalsozialistizeschen "Hamburger Tageblattes", Herr Dr. Krebs, von seinem Posten entfernt und ihm den Hinausschmiss aus der NSDAP angekündigt. Was hat Herr Krebs verbrozechen? Er hat den General Schleicher angegriffen. Wer ist Herr General Schleizecher? Ein Vorposten der Schwerindustrie im Reichswehrministerium. Wer ist Herr Krebs? Ein Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Herr Krebs meint, man werde künftig bei den Nazis höchstens nur noch von "sozialer Gerechtigkeit" sprechen, aber nicht mehr sagen dürfen, was man sich darunter vorstellt.

Und da bringen es Blätter vom Schlage des "Angriff" fertig, zu fragen, warum die Gewerkschaften nicht zum Generalstreik gegen die Notverordnungen aufgerufen haben! Im übrigen: Herr Hitler hat grosse Rosinen im Kopf. Er will, wie er selbst versicherte, auch nicht ohne Notverordnungen regieren.

Was, also nicht war, kann noch werden.



Trockener Boden = schlechte Ernte.

Kartellexperimente auf den Metallmärkten versagen.

SPD.Die Hoffnungen auf eine Besserung der grossen Weltwarenmärkte, die erheblich zu der Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise beitragen müssen, wol= len immer noch nicht in Erfüllung gehen, Die politische Unruhe in aller Welt halt die Märkte unter starkem Druck. Weiter wirken sich die schlechten Wert= papierbörsen auf die Warenmärkte aus. Die grossen Spekulanten müssen ihre Engagements auf den Warenmärkten lösen, um an den Wertpapierhörsen weiter

spielen zu können.

Auch das alte kapitalistische Mittel, durch Produktionseinschränkung Preissteigerungen zu erzwingen, versagt vollig. So sieht es sehr übel an den Metallmärkten aus. Das internationale Kupferkartell hat grosse Einschränkungs= pläne beschlossen. Diese Pläne scheinen auch zum Teil durchgeführt zu werden. Von einer Wirkung auf den Kupfermarkt und auf den Kupferpreis merkt man jes doch nichts. Das Kartell wird immer wieder von Aussenseitern unterboten und die Lohnhütten, die schnell verkaufen müssen, drängen das Kartell immer wies der aufs neue, die Preise runterzusetzen. Auch beim Zinn ist die Kartellage sehr unklar. Hier ist der Plan, die Zinngruben und Zinnhütten überhaupt auf zwei Monate zu schliessen, plötzlich auf unerwarteten Widerstand gestossen. So musste sich die letzte Kartellsitzung in London nur mit sehr bescheidenen und halben Massnahmen begnügen. Dass unter solchen Umständen auch die Preise fürdie anderen Metalle abbröckeln, ist selbstverständlich.

Auch der Baumwollmarkt steht unter starkem Druck. Hier spielen die gros= sen Bestände eine Rolle, die das nordamerikanische Farmamt früher mal aufge= kauft hat, um die Baumwollpreise zu stützen. Das Farmamt hat nun die Bestände; aus staatsfinanziellen Gründen möchte man gern verkaufen. Aber dann gefährdet man den Baumwollpreis und den Baumwollmarkt. Zweifellos setzt sich die Ans sicht in Amerika durch, endlich an eine Liquidierung der Baumwollbestände zu gehen. Dahin scheint der Merkt auch beeinflusst zu sein, Dazu kommt, dass das Fortschreiten der Wirtschaftskrise in Nordamerika gerade für den Textilmarkt Folgen hat. Vor einiger Zeit kam zwar aus England, infolge der Pfundabwers tung, wohl eine kleine Erleichterung und eine kleine Anregung. Das hat nicht lange gedauert. Die bessere Situation, die die englische inflation nach sich zog; gehört schon seit langem der Vergangenheit an. Sicherlich eine Warnung für die, die immer noch glauben, mit Inflationen Konjunkturen machen zu kön=

Aeusserst interessant gestalten sich die Verhältnisse am Getreidemarkt. Das eine dürfte wohl feststehen, dass wir in diesem Jahre gerade nicht mit : einer Rekordernte zu rechnen haben. Auf der ganzen nördlichen Erdhälfte ist der Winter verhältnismässig schneearm gewesen. Er hat den Boden mit einem Feuchtigkeitsmangel zurückgelassen, der für die Ernte nur dann unschädlich bleiben konnte, wenn es im Frühjahr regelmässig und ausgiebig regnete. Das ist wohl nirgendwo der Fall gewesen. Dann stieg im Mai die Hitze auf sommerliche Höhen, ohne dass es zwischendurch zu weit verbreiteten und ergiebigen Gewit= terregen gekommen wäre. Wenigstens gilt das für Deutschland und grosse Teile Mitteleuropas. Hier zeigen sich auch die Befürchtungen, es könnten Teile der

Wintersaat notreif werden.

Selbstverständlich ist es viel zu früh, um zu dieser Befürchtung sache lich etwas zu sagen. Wohl aber muss man feststellen, dass der Aufgang der Sommersaat wenig günstig verläuft. Derartige Klagen hört man aus den meisten Gebieten der nördlichen Erdkugel. So scheinen z.B. die Verhältnisse in Russland, über das man allerdings auch am wenigsten klar sieht, sich ausgesprochen ungünstig zu entwickeln. Die Schätzungen über die Winterweizenernte in der nordamerikanischen Union lauten so gering, wie noch nie seit vielen Jahren. Es scheint überdies, als ob auch in Nordamerika die Aussichten für das Sommergetreide nicht glänzend stehen. Ferner scheint auch eine Vermehrung der Anbaufläche nicht eingetreten zu sein.

Die Aussichten für die kommende Ernte erscheinen so wenig günstig. Trotzeichem beben die Märkte nicht entsprechend darauf reagiert. Die Weltgetreides märkte sind in den letzten Wochen äusserst lustlos geblieben. Eine sachliche Erklärung dafür lässt sich kaum geben; denn auch die durch die Krise vermine derte Aufnahmefähigkeit Europas kann eine solche Bewegungslosigkeit am Markt nicht erklären. Wenn es eine Erklärung gibt, dann die schlechte Iage an den nordamerikanischen Wertpapierbörsen. Die schlechte Börse vermindert naturgem mässidie Zahl der kapitalkräftigen Spieler und den Anreiz zum Spielen. Zum ans deren zwingen Verluste an den Wertpapierbörsen die Spieler, sich in Getreis de glatt zu stellen, um die notwendigen Nachschlüsse für die Wertpapierbörse zu leisten.

In Zucker werden die Absichten weiterer Ernteeinschränkung - hier kommt vor allem Cuba in Frage - tatsächlich durchgeführt. Aber der Markt hat keinen Vorteil davon. Einmal lässt sich die Entwicklung in den kartellfreien Ländern nicht übersehen, zum andern ist der Zuckerverbrauch in der Krise stark gefal

Dagegen ist es Brasilien geglückt, den <u>Kaffeepreis</u> zu halten bezw. zu treiben. Die Mittel dazu stammen zum Teil aus der Einstellung der Zinszahlung für ältere Anleihen.

senbahn-, Untergrund- und Autobisunternehmungen zusammenfasst, hat jetzt die schon seit langem fällige Sanierung durchgeführt. Man hat sich zu einem ziemlichtweitgehenden Kapitalschnitt entschliessen müssen und zwar trägt, da die Stadt Berlin sämtliche Aktien der BVG besitzt, Berlin allein die Kosten. Das Riesenunternehmen wurde Ende 1928 mit einem Kapital von 400 Millionen Mark gegründet. Schon 1931 hat die Stadt Berlin von diesen 400 Millionen Mark nur 200 Millionen Mark eingestellt. Sie hat sich also frühzeitig auf den Kapitalschnitt bei der BVG eingerichtet. Das Kapital der BVG wird dann auch im Vershältnis von 2:1, also von 400 auf 200 Millionen Mark zusammengelegt und dann um 50 Millionen Mark erhöht. Das künftige Kapital der BVG wird also 250 Mil= fionen Mark betragen.

Dass die BVG eine <u>äusserst gesunde Grundlage</u> hat, daran kann nicht gezweit felt verden. So verstand das Unternehmen, die Zahl der beförderten Fahrgäste im lätzten Konjunkturjahr, im Jahr 1929, auf fast 1 230 Millionen zu steigern. Dannakam der Krisenrückgang. Vielleicht haben sich die Krisenwirkungen durch eine Einschränkungspolitik, die weder sozial noch in vielen Fällen wirtschaft lich war, stärker ausgeprägt, als notwendig war. Nach Ausschaltung der Verstreter der Sozialdemokratie aus der Leitung der BVG zeichnen für diese Politik, die wenig mehr von dem Geist moderner Verkehrswirtschaft hat, Leute verantswortlich, die sich zur Rechten zählen und deren Bestreben ist, alles durch Lohnabbau und Einschränkungen machen zu wollen. So hat man es erreicht, dass die Zahl der Fahrgäste im vorigen Jahr auf 880 Millionen zurückging. Trotz

einer Fahrpréiserhöhung - mitten in der Krise - hinterliess dieser Rückgang finanzielle Spuren. Dazu kam eine beispiellose Ueberlastung der BVG mit kurzfristigen Schulden. Während des Auftriebs der Konjunkturjahre, als grosse Menschenmassen in die Perliner Vororte gingen, mussten Bahnen gebaut werden. Man stand vor der Notwendigkeit, weitreichende, teure Untergrund= behnen anzulegen. Wo die Notwendigkeit nicht vorhanden war glaubte man, den= noch Untergrundbahnen bauen zu müssen, um in der Krise 1926/27 Arbeitsgele= genheiten zu schaffen. Mit den Untergrundbahnbauten hat man eine technisch glängende Leistung vollbracht und die Berliner werden die Vorteile weitreis chender Untergrundbahnen immer dankbar empfinden. Aber die Bauten waren mit: kurzfristigem Kredit durchgeführt. Jetzt, bei Gelegenheit der Sanierung der BVG, werden die Kosten der neuen Untergrundbahnlinien mit 335 Millionen Mark angegeben. Diese Schuld wird in der Art konsolidiert, dass die Stadt erst mal 50 Millionen Mark abschreibt. Den Rest der Schuld übernimmt die BVG und zwar so, dass etwa 72 Millionen Mark als direkte Schulden gegenüber nicht= städtischen Gläubigern gelten. Im übrigen verbleibt eine Forderung der Stadt an die BVG in Höhe von etwa 164 Millionen Mark. Grundsätzlich soll die BVG den Zinsen- und Tilgungsdienst tragen. Infolge der finanziellen Entwicklung. rechnet man jedoch damit, dass eine Beteiligung der BVG an der Aufbringung der Zinsen- und Tilgungsschuld für 1932 noch nicht erfolgt. Erst 1933 wird mit einem Beitrag der BVG gerechnet.

Durch die Zusammenlegung des Kepitals von 400 auf 200 Millionen Mark werden zunächst 166,1 Millionen Mark für Abschreibungen auf Anlagewerte frei.

33,9 Millionen Mark werden dem Reservefond zugeführt.

SPD.Der Elektrokonzern C.Lorenz A.G., in Berlin-Tempelhof, der in engester Gemeinschaft mit amerikanischen Gesellschaften arbeitet, weist für das verflossene Jahr einen Verlust von 1,59 Millionen Mark aus, während für 1930 noch ein Reingewinn von fast einer halben Million Mark erzielt werden konnte. Die Unkosten sind stark gedrückt worden. Dagegen hat man die Abschreibungen erhöht. Sie machen für 1931 rund 1,47 Millionen Mark aus gegen etwa 490 000 Mark im Vorjahr. Der Verlust wird vorgetragen.

Für das Jahr 1931 ergab sich ein Rückgang im Umsatz von 23%. Besonders hat das Postbehörden- und das Rundfunkempfängergeschäft gelitten. Verhältnis= mässig widerstandsfähig zeigte sich der Umsatz in drahtloser Telegrafie, der nur um 6% nachgelassen hat. Der Export machte bei Lorenz im Jahre 1931 rund 19% des Gesamtumsatzes aus. Der Auftragsbestand lag Ende 1931 um 33% unter dem

Stand von Ende 1930.

Auf dem 42. Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Freistaat Sachsen machte der Verbandsdirektor Dr. Schöne am Schluss seines Jahressberichts bemerkenswerte Auslassungen. Er beschäftigte sich mit dem Schicksal der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Wirtschaft der Zukunft, wobei er daran erinnerte, dass die Genossenschaften seinerzeit als Reaktion gegen das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft entstanden seien. Ihr Wirken liege demnach bereits in der Richtung der Bestrebungen der neuen Zeit. Man werde sie deshalb erhalten und vielleicht nur gewisse Umformungen vornehmen müssen. Die Landwirtschaft habe das grösste Interesse daran, dass die Armbeitslosigkeit verschwindet, damit die Verbraucherschaft in die Lage komme, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse angemessene Preise bezahlen zu könmen. Das setze aber eine Planwirtschaft in der Produktion voraus, die noch

nicht eine Zwangswirtschaft im Sinne des Krieges oder eine Gemeinwirtschaft im Sinne des Markismus zu sein brauche. Der persönlichen Freiheit des ein= zelnen müssten aber gewisse Grenzen gezogen werden. Manche Wirtschaftszweige müssten sogar verstaatlicht werden.

Kleine Umsätze.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Mai)

SPD. In Anbetracht des Wochenendes war der Besuch der Berliner Produk=
tenbörse am Sonnabend wesentlich geringer als sonst, sodass sich auch die
Umsatztätigkeit in engsten Grenzen bewegte. Am Markte der handelsrechtli=
chen Lieferungsgeschäfte beschränkte man sich infolgedessen darauf, nur eine
amtliche Notierung festzusetzen. Diese lautete für Roggen unverändert, während
Weizen per Herbst und Hafer etwas anziehen konnten. Am Promptmarkt war das
Geschäft ebenfalls sehr klein. Weizen aus alter Ernte stand ausreichend zur
Verfügung, sodass die Vortragsgebote nur schwer durchzusetzen waren. Für Wei=
zen aus neuer Ernte waren die Forderungen etwas erhöht, doch kamen auf die=
ser Basis nur wenig Abschlüsse zustande. Auch Roggen blieb äusserst ruhig
trotz Entgegenkommen der Verkäufer. Deutscher Roggen war nur schwer abzu=
setzen. Weizen- und Roggenmehl war weiter auf der Basis der bisherigen Prei=
se angeboten; jedoch beschränkten sich die Abnehmer darauf, nur den dringend=
sten Bedarf zu decken.

)

	20.5.	21.5.
	(ab märkische S	tation in Mark)
. Weizen	272 - 274	272 - 274
gRoggen	202 - 204	202 - 204
Braugerste	184 - 193	186 - 193
Futter- und Industriegerste	178 - 185	5 = 18 3
/Hafér	164 - 169	164 - 168
Weisenmehl	32,50-36,00	32,50-36,00
Roggenmehl Roggenmehl	25,80-27,75	25,80-27,75
Weigenkleis	11,30=11,75	
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50=10,00
Undelement i de Tiefemmenes chiffte	Waison Wai 287	/Vantag 28z

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 283 (Vortag 283), Juli 273 (274), September 225 (225). Roggen Mai - (-), Juli 190 (190), September 182 (182). Hafer Mai 174 (174). Juli 178 (178), September 153 (153).

SPD. Die Ford-Motor-Company in Köln, das Zweigunternehmen des bekannten hordamerikanischen Autotrusts in Deutschland, konnte seine neuen Anlagen im verflossenen Jahr nur zu einem Bruchteil ausnutzen. So ergibt sich ein Verlust in Höhe von 1,69 Millionen Mark. Soweit dieser Verlust nicht aus dem Vortrag getilgt werden kann, wird die Sonderreserve in Anspruch genommen, die sich auf 590 000 Mark verringert.

Das Betriebsergebnis wird bei Ford mit 3,65 Millionen Mark angegeben.
Die Verwaltungskosten stellen sich auf 5,37 Millionen Mark, während die Abzüchreibungen 1,37 Millionen Mark betragen.